

Beschlussvorlage der Verwaltung	Fachbereich: Büro der Bürgermeisterin	Datum: 07.11.2008	
Tagesordnungspunkt 24.9	Bezeichnung der Vorlage:		
Vorlage-Nr: VO/0964/08	Anfrage von Ratsherrn Theo-Markus Groß vom 02.10.2008 betreffend "Google Street View"		
Zu beraten im:			
Datum	Gremium		
16.12.2008	Rat der Stadt Wegberg		

Sachverhalt:

Rats Herr Theo-Markus Groß hat mit eMail vom 02.10.2008 folgende Anfrage gemäß § 21 der Geschäftsordnung gestellt:

„Wie bekannt ist, beabsichtigt die Firma Google bundesweit im Zusammenhang mit Google Street View Kamera-Autos Bilder aller Häuser bzw. der gesamten Bebauung aufnehmen zu lassen, um sie später im Zusammenhang mit Google Maps ins Internet zu stellen. Die Foto-Autos machen ca. alle 10 Meter ein Foto, die gewonnenen Bilder lassen sich später nahtlos zusammensetzen und so präsentieren, dass man praktisch per Internet in der Straßenkarte 'spazieren gehen' kann.

Es besteht die Gefahr, dass personalisierte Informationen (erkennbare Personen, Gesichter, Autokennzeichen etc) ohne Wissen der betroffenen im Internet zu sehen sein können. (Google verspricht diese Informationen unkenntlich zu machen, es wird von Datenschützern bezweifelt, dass dies gelingt.)

Aus Gründen des Datenschutzes sind nach unserer Auffassung erhebliche Risiken mit diesem Vorhaben verbunden. Auch Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz, sieht erhebliche Risiken. So könnten sich schlimmstenfalls Einbrecher der Fotos bedienen und eine Gegend bequem per Internet ausspionieren. Noch viel realistischer, so Schaar, sei es, dass die Fotos zur Bewertung von Wohngebieten und konkreten Adressen verwendet würden. "Es könnte sein, dass ein Arbeitgeber erst mal schaut, wo wohnt denn der Arbeitnehmer? Was ist denn das jetzt eigentlich für eine Fassade, was sind denn das für Wohnverhältnisse? Will ich den wirklich einstellen?". Für viele Menschen ginge damit ein weiteres Stück Anonymität verloren. "Aus den Fotos ergeben sich unter Umständen Zusatz-Erkenntnisse, die uns wieder ein Stück gläserner machen.", so Schaar. *

Angehängt finden Sie außerdem eine 'Datenschutzrechtliche Bewertung des Projektes "Google Street View"' durch das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig Holstein **

Einige Gemeinden wollen sich gegen das Vorhaben Googles wehren. So argumentiert die Gemeinde Molfsee bei Kiel mit der Straßenverkehrsordnung und ist der Rechtsauffassung, dass Google eine Sondernutzungserlaubnis brauche, da es sich um kommerzielle Aufnahmen handelt. Diese Erlaubnis wolle man verweigern.

Unsere Fragen:

Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Verwaltung erforderlich, um die schutzwürdigen Belange der Bürger in diesem Fall zu wahren?

Wie kann das Vorhaben Googles das irgendwann auch die Bürger Wegbergs betreffen wird, verhindert werden?

Was könnte aus Sicht der Stadt Wegberg in die Wege geleitet werden, um auf das Auftreten der Kamera Wagen vorbereitet zu sein?

Wir regen an, dass der Rat der Stadt Wegberg oder einer seiner Ausschüsse das Thema baldmöglichst behandelt und die Stadt dazu eine Vorlage erarbeitet.

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis.

Anlage/n:

Anfrage